



Niedersachsen vor der Richtungsentscheidung

Rede des Fraktionsvorsitzenden Christian Dürr
zum Neujahrsempfang der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag



„Eine Zukunft auf Pump ist keine Zukunft. Politik auf Pump ist in Zukunft eine schlechte Politik.“



„Die eigentliche Trennlinie zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün war schon immer der richtige Umgang mit Geld.“



„Andere mögen Verzicht und Einschränkung fordern. Wir Liberale stehen nach wie vor für Leistung und Wachstum.“



„Wir wollen nicht in grüne Sicherungsverwahrung. Und wir wollen keine sozialdemokratische Schulden-Zwangsjacke, die der Zukunft jeden Atem raubt.“

Hannover, den 15. Januar 2012

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

ein herzliches Willkommen Ihnen allen auf unserem Neujahrsempfang. Er steht in diesem Jahr im Zeichen des Sports und wir freuen uns, dass Martin Kind heute unser Gastredner sein wird.

Anrede,

Unternehmer riskieren etwas. Martin Kind kennt das. Er geht als Unternehmer immer wieder ein Risiko ein und er haftet dafür, wenn etwas schief geht. Und Martin Kind kennt dasselbe Prinzip als Chef von Hannover 96. Er riskiert etwas, kauft neue Spieler, stellt ein Team zusammen. Auch hier muss man haften, wenn man am Ende der Saison am Ende der Tabelle steht. Und in solchen Fällen kommt kein DFB vorbei, der einen mit einem Fußball-Rettungspaket in der 1. Liga hält. Das ist für Hannover 96 im Moment natürlich kein Thema – darüber freuen wir uns

Den Zusammenhang zwischen Risiko und Verantwortung gibt es nicht allein im Sport. Auch Unternehmer brauchen Mut zum Risiko. Und den Mut zur Verantwortung. Risiko und Verantwortung gehören zusammen – das sollte auch für den Finanzmarkt und die Staaten im Euro-Raum gelten.

Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer hat dazu kürzlich geschrieben: „Was es jetzt braucht, ist Mut! Mut zu dem Bekenntnis, dass ein stabiles Europa ein Fundament aus Marktwirtschaft und Wettbewerb braucht. Mut zu dem Bekenntnis, dass Risiko und Haftung immer zusammengehören müssen, auch im Zusammenleben von Staaten und auch bei der Rettung der gemeinsamen Währung. Überall da, wo die Einheit von Risiko und Haftung durchtrennt wird, blüht die Verantwortungslosigkeit auf.“

Anrede,

es muss allen unmissverständlich klar sein – egal ob am Finanzmarkt, in der EU oder bei den Regierungen der Euro-Länder: Es darf keine Bereiche mehr geben, in denen Risiken eingegangen werden, ohne Verantwortung dafür zu übernehmen. Das ist die eigentliche Richtungsentscheidung, vor der wir stehen. Es sind Sozialdemokraten und Grüne, die bei der Euro-Schuldenkrise gerne mit dem Finger auf andere zeigen. An deren Adresse kann man nur sagen: Sie haben es gerade nötig: Es waren SPD und Grüne, die damals den Maastrichter Vertrag gebrochen haben, so dass Schuldenregierungen nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden konnten. Und es war auch die rot-grüne Bundesregierung,

die die Finanzmärkte so sehr dereguliert hat, dass keine Einheit von Risiko und Haftung mehr erkennbar war.

Anrede,

das muss ein Ende haben. Eine Medaille hat Immer zwei Seiten: Risiko und Haftung gehören zusammen. Wir brauchen endlich wieder eine Ordnung der Verantwortung! Wir erleben hier nicht gerade irgendeine Krise. Wir stehen an einem fundamentalen Scheideweg. Es geht um eine grundsätzliche Richtungsentscheidung. Entweder wollen wir eine Gesellschaft der Rettungspakete, Systemrelevanz und des vergemeinschafteten Risikos. Oder wir wollen eine Gesellschaft, in der derjenige, der Risiken eingeht, auch dafür haftet und die Verantwortung übernimmt.

Für uns Liberale kann es da keinen Zweifel geben: Freiheit und Verantwortung haben für uns schon immer zusammen gehört. Sozialdemokraten haben in Niedersachsen jahrelang die rote Schuldenlaterne vor sich her getragen, und sich vor der Verantwortung gegenüber den Wählern gedrückt. Für eine Politik, die schlicht und einfach zu teuer ist. Damit muss ein für alle Mal Schluss sein!

Anrede,

es muss Schluss sein mit der verantwortungslosen Schuldenpolitik Und die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat dazu auch schon die nötige Antwort gegeben: Wir wollen, dass Niedersachsen eine Zukunft ohne neue Schulden hat. Wir haben damit in den vergangenen Jahren schon angefangen und machen damit konsequent weiter. Wir investieren in Bildung - wir haben mit 86.000 Lehrern so viele wie nie zu vor. Wir investieren in Infrastruktur - im August geht der Jade-Weser-Port an den Start. Aber wir wissen, dass man dann eben auch an anderer Stelle kürzen muss. Wer investiert, muss auch konsolidieren Und genau das machen wir.

Wir haben gemeinsam mit der CDU einen konkreten Vorschlag für eine Schuldenbremse in der Verfassung ab 2017 vorgelegt. Auch die Schuldenbremse sorgt dafür, dass Risiko und Verantwortung wieder zusammengeführt werden. Denn sie sorgt dafür, dass Politiker ihren Wählern erklären müssen, wo sie das Geld hernehmen, für all ihre Versprechungen. Genau das wollen wir. Dass Politiker nicht mehr die Verantwortung für Ausgaben heute einfach auf die Zukunft verschieben können.

Allerdings benötigen wir für die Verfassungsänderung eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Ohne die SPD geht das leider nicht. Und da wundere ich mich schon ein bisschen über die SPD hier im Landtag. Denn von den Sozialdemokraten ist weit und breit nichts zu hören. In einer der dringendsten politischen Fragen hat sich die SPD für eine Hinhaltetaktik entschieden.

Anrede,

das Verhalten führender Sozialdemokraten in Niedersachsen ist nicht nur eine Enttäuschung. Es ist auch eine Enttarnung. Die SPD will weiter Schulden machen. Und die Richtungsentscheidung wird auch hier wieder sehr deutlich: Die eigentliche Trennlinie zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün war schon immer der richtige Umgang mit Geld. Die SPD kann es nicht. Die Grünen können es nicht. Es geht in der nächsten Zeit ums Grundsätzliche. Es geht um Sparen oder prassen, Mut zur Verantwortung oder Verweigerung von Verantwortung, Freidemokraten oder Schuldendemokraten. Wir Wir sagen klar und deutlich, was wir für Niedersachsen wollen: Verantwortung statt Verweigerung, Zukunft statt Zinsen, Chancen statt Schulden!

Anrede,

es ist nicht das erste Mal, dass Liberale den Ausschlag für eine zentrale Richtungsentscheidung geben. Auch 1982 haben sich Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff entschieden, die Schuldenpolitik der Sozialdemokraten im Bund nicht mehr mitzutragen. Und auch heute sind es wieder wir Liberale, die den Ausschlag dafür geben müssen, dass Niedersachsen keine Ausgabenprogramme auf Kosten unserer Kinder und Enkel macht. Seit 1996 fordern Liberale, die Schuldenbremse in der Verfassung zu verankern. Seit 2008 steht sie im Grundgesetz. Phillip Rösler hat bereits im Sommer gefordert, dass alle Euro-Staaten eine Schuldenbremse in ihre nationalen Verfassungen aufnehmen müssen. Genau das haben die Staats- und Regierungschefs jetzt im Dezember beschlossen. Auch Niedersachsen braucht schnellstmöglich eine Schuldenbremse in der Landesverfassung. Politik muss für ihre Ausgaben Verantwortung übernehmen. Als Liberale sagen wir: Eine Zukunft auf Pump ist keine Zukunft. Eine Politik auf Pump ist in Zukunft eine schlechte Politik.

Anrede,

es geht um eine Richtungsentscheidung. Und damit meine ich nicht allein, wie wir in Zukunft mit dem Schuldenabbau umgehen. Ich rede auch von einer Politik des Wachstums. Mittlerweile ist das Bekenntnis zu Wachstum ja keine Selbstverständlichkeit mehr. Schon 2010 sprachen sich die Grünen dafür aus den „Wachstumszwang“ abzubauen. Und der

grüne Fraktionsvorsitzende Jürgen Trittin sagte im Spiegel: „Wir müssen unseren Wohlstand so organisieren, dass wir nicht länger sklavisch abhängig vom Wachstum sind.“ Vor Weihnachten hat nun auch der Erzbischof Robert Zolitsch sein Unbehagen gegenüber dem Streben nach Wachstum erklärt. Und sogar Finanzminister Wolfgang Schäuble hat sich dieser Kritik vor kurzem angeschlossen.

Anrede,

diese Haltung muss man sich finanziell leisten können. Die FDP-Fraktion wird niemals einer Politik zustimmen, bei der man Verkäufern, Polizisten, Pflegehelfern, Straßenbahnfahrern, KFZ-Mechanikern, Friseuren, Gebäudereinigern und allen anderen mit kleinen oder mittleren Einkommen erklären muss: Es tut uns leid, aber es sind keine Gehaltserhöhungen mehr vorgesehen. Das mit der Inflation ist ja nicht unser Problem. Wir haben uns gegen weiteres Wachstum entschieden.

Wir werden niemals einer Politik zustimmen, bei der mittelständische Unternehmer nicht expandieren dürfen, weil einfach kein Wachstum mehr vorgesehen ist. Ich frage mich, was das für eine Politik sein soll. Wenn das Geld immer knapper wird für bessere Schulen, neue Krebstherapien oder die Kultur. Das ist kein Fortschritt.

Und Wachstum ist vor allen Dingen eine soziale Frage. Verzicht auf Wachstum geht zuallererst zu Lasten der kleinen und mittleren Einkommen. Stillstand statt Wachstum – das wird mit Liberalen nicht zu machen sein. Wir wissen was Verantwortung heißt.

Anrede,

wer kein Wachstum mehr will, verordnet einer ganzen Gesellschaft den Stillstand. Und mir ist es sehr wichtig an dieser Stelle nochmal deutlich zu machen, warum Wachstum für Liberale ein so zentrales politisches Ziel war, ist und auch bleibt. Es ist schlichtweg ein Trugschluss zu glauben, dass man den Status Quo an Wohlstand durch Stillstand bewahren könnte – so wie es linke politische Kräfte oft behaupten. Wer aufhört nach stetiger Verbesserung zu streben, der fällt in Wahrheit zurück. Stillstand ist Rückschritt. Und jeder Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bedeutet auch einen Verlust an Wohlstand.

Anrede,

das Wort Wohlstand mag vielleicht zuerst ein bisschen nach den 50er Jahren klingen: Häuschen im Grünen, das Auto wird ein bisschen größer und es geht im Urlaub nach Italien und nicht ins Bergische Land. Aber die Bedeutung von Wohlstand geht viel tiefer und hat eben auch eine moralische Seite: Es geht darum, dass auch jemand mit kleinem Einkommen

gut über die Runden kommen kann und nicht durch die Inflation immer weniger zum Leben hat. Dazu braucht es Wachstum.

Nur durch Wachstum und Wohlstand wird unser Sozialsystem überhaupt erst möglich. Nur durch Wachstum können wir Benachteiligte besser unterstützen und fördern. Wir können heute Menschen mit Behinderungen eine Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen, wie sie in vielen Ländern der Erde noch undenkbar ist. Aufzüge und barrierefreier Straßenverkehr sind bei uns Selbstverständlichkeiten. In Ländern mit weniger Wachstum sind sie leider ein teurer Luxus.

Anrede,

die FDP-Fraktion hier in Niedersachsen steht für Wachstum und sie steht zum Wachstum. Das ist erfolgreiche Politik für alle. Das Armutsrisiko bei uns Niedersachsen ist in den Zeiten der SPD-Regierung immer weiter gestiegen. Seit wir regieren, geht es in Niedersachsen kontinuierlich zurück. Durch Wachstum werden Arbeitsplätze gesichert. Durch Wachstum funktionieren die Sozialsysteme. Deswegen sagen wir Liberale sehr deutlich: Andere mögen Verzicht und Einschränkung fordern. Wir Liberale stehen nach wie vor für Leistung und Wachstum!

Wir stehen zu unserer Verantwortung für kleine und mittlere Einkommen. Wir stehen zu unserer Verantwortung für die Familien in Niedersachsen. Wachstum ist nicht nur eine ökonomische Frage. Sondern es ist vor allem auch eine Frage der sozialen Verantwortung!

Anrede,

der strikte Wachstumskurs von FDP und CDU in Niedersachsen seit 2003, hat sich als richtig herausgestellt. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit 2005 halbiert. Die Jugendarbeitslosigkeit ist um 52% gesunken seit wir regieren. In Niedersachsen sind in den letzten 12 Monaten jeden Tag 310 sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden – Platz 1 aller Bundesländer. Wer hätte das noch vor ein paar Jahren gedacht? Man kann sogar sagen: Niedersachsen ist heute besser gerüstet um eine Finanzkrise zu überstehen als noch vor fünf Jahren. Das ist das Ergebnis der soliden Politik hier in Niedersachsen.

Anrede,

diese positive Lage in Niedersachsen verdeutlicht die paradoxe Situation, in der wir im Moment leben. Auf der einen Seite erleben wir ein Europa in höchster Not: Die überschuldeten Staaten in Südeuropa bangen um ihre Zukunft. Viele fragen sich: Reichen

die Rettungsschirme? Haben sich die Euro-Staaten vielleicht zu viel vorgenommen? Geraten vielleicht auch die solideren Staaten in den Strudel?

Auf der anderen Seite liegt Deutschland – liegt Niedersachsen. Hier bei uns ist im Alltag nichts zu spüren. Die Steuereinnahmen prudeln. Allein in Niedersachsen gibt es in 12 Landkreisen Vollbeschäftigung. acht weitere stehen kurz davor. Die Arbeitslosenquote bei uns im Land ist so niedrig wie Anfang der 90er Jahre. Es ist doch kein Wunder, dass zwischen all diesen Erfolgsmeldungen fast untergeht, dass nicht nur Europa und Deutschland, sondern auch wir in Niedersachsen vor einer politisch historischen Richtungsentscheidung stehen.

Anrede,

wir stehen vor der Frage, wie es weitergeht: Wie in vergangenen Jahrzehnten mit einer Politik der dicken Hose aber leeren Tasche? Mit Schuldenpolitik, die Wohltaten verteilt, ohne aber das Geld dafür zu haben? Oder geht es weiter mit dem schwarz-gelben Erfolgskurs für Niedersachsen? Es ist wichtig für das Land, diesen Kurs auch über 2013 hinaus fortzusetzen. Wir wollen wachsen. Wir wollen Bürokratien abbauen. Und wir wollen die Neuverschuldung reduzieren. Rot-Grün will schrumpfen, Steuern erhöhen und neue Schulden machen. Das ist der Unterschied.

Ein NDR-Journalist hat vor kurzem in seinem Bericht gesagt: Die FDP in Niedersachsen sei hemdsärmeliger und bodenständiger als woanders. Ich nehme das als Kompliment. Wir machen bodenständige Politik für unser Land. Wir schaffen für Niedersachsen Wachstum, Wohlstand und Arbeit. Mit uns geht es weiter aufwärts.

Anrede,

die Märkte sind beunruhigt. *Die Märkte* zeigen sich kritisch. *Die Märkte* brechen zusammen. 2011 verging kaum ein Tag, an dem nicht neue Meldungen über das Verhalten *des Marktes* über uns hereinprasselten. *Die Märkte* hat wahrscheinlich gute Chancen Unwort des Jahres 2011 zu werden. Und genau deshalb mehr sich die Zahl derjenigen, die für weniger Markt plädieren. Das machen wir Liberale eben ausdrücklich nicht mit. Für uns ist klar: Weniger Markt ist keine Lösung.

Markt und Konsum: Das ist wie die tägliche Volksdemokratie. Eine Abstimmung in Euro und Cent. Wir alle stimmen jeden Tag mit dem Einkaufswagen ab. Wir entscheiden uns für das was uns am besten gefällt. Ich kann daran nichts Verwerfliches finden. Das gerät immer in Vergessenheit: Markt: Das sind wir alle. Jeden Tag.

Ich will Ihnen anhand eines Beispiels deutlich machen, wie die Kollegen der Grünen, in dieser Frage denken: Im vergangenen Jahr gab es im Landtag eine Debatte über Markttransparenz und Gentechnik. Und der Redner der FDP-Fraktion, Jan-Christoph Oetjen, setzte sich am Pult dafür ein, dass alle Produkte, die gentechnisch veränderte Substanzen enthalten, auch so gekennzeichnet werden müssen. Der Verbraucher soll selbst und bewusst entscheiden, was er sich in seinen Einkaufswagen legt. Daraufhin rief uns eine Kollegin der Grünen zu: „Ja aber dann könnten sich die Verbraucher ja daran gewöhnen.“

Anrede,

das ist grüner Zeitgeist. Nicht der Verbraucher soll entscheiden – der könnte sich ja glatt für etwas entscheiden, was die Grünen für falsch halten, und sich am Ende auch noch daran gewöhnen. Die Grünen wissen schließlich viel besser, was in die Einkaufswagen der Verbraucher gehört. Was Claudia Roth beim Einkaufen in ihre Jutetasche steckt, das geht mich nichts an. Aber wenn Claudia Roth entscheiden will, was in meiner und in Ihren Jutetaschen landet, dann geht das wirklich zu weit.

Anrede,

wir stehen in vielerlei Hinsicht vor einer Richtungsentscheidung in diesem Land: Mehr Marktwirtschaft oder weniger, mehr Wohlstand oder weniger, mehr Schuldenabbau oder weniger. Es geht aber auch um die fundamentale Frage, in was für einer Gesellschaft wir eigentlich leben wollen.

Die FDP-Fraktion hier in NDS hat dabei eine ganz klare Vorstellung: Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der jedem Risiko auch Verantwortung gegenüber steht. Wir wollen in einer offenen Gesellschaft leben. In der nicht jeder Bürger unter Generalverdacht gestellt wird und persönliche Daten auf Vorrat gespeichert werden. Wir wollen in einer vielfältigen Gesellschaft leben. In der Leistung und Qualifikation zählt und nicht etwa Geschlecht oder Herkunft per Quote den Ausschlag geben. Wir wollen in einer Gesellschaft der Chancen leben. In der es egal ist, wo jemand herkommt. Uns interessiert nur, wo jemand hin will!

Anrede,

vielleicht lesen sie es mal hier und da in der Zeitung, die Grünen seien die neuen Liberalen. Aber ich sage Ihnen: Die Grünen sind so liberal wie Hans-Heinrich Sander ein Öko-Fundi ist. Die Grünen stehen für eine Verbotskultur in Deutschland. Ich habe vor kurzem im Landtag eine Liste von Verboten aufgezählt, die die Grünen in letzter Zeit gefordert haben. Hier die Liste der grünen Forderungen: Plastiktütenverbot, Motorrollerverbot, Billigflugverbot, Heizpilzverbot, komplettes Rauchverbot, Verbot von nicht energieeffizienten

Kühlschränken, Verbot von Handynutzung in Kulturveranstaltungen, Verbot der grünen Gentechnik, Nachtflugverbot, Verbot der Standby-Funktion bei Elektrogeräten, Verbot von Süßigkeitenwerbung im Umfeld von Kinderfernsehprogrammen, Verbot von Fleisch an mindestens einem Wochentag in Schulen und Kitas, Verbot von Alkoholwerbung, Verbot von Rauchen am Steuer, Schnäppchenverbot, Werbeverbot für deutsche Fahrzeuge mit höherem Benzinverbrauch, Sonntagsfahrverbot, Verbot von Lichtverschmutzung und ein Verbot von getrenntgeschlechtlichen Toiletten.

Das ist der Unterschied zur FDP: Wir wollen ein freies Land mit freien Menschen und keine staatliche Besserungsanstalt. Bei den Grünen gilt, was Patrick Döring vor kurzem so treffend auf den Punkt gebracht hat: „Am liebsten verbieten. Und wenn das nicht geht auf jeden Fall besteuern!“

Anrede,

die FDP-Fraktion weiß, wofür sie kämpft - auch und vielleicht gerade wenn der Wind uns dabei mal etwas heftiger ins Gesicht weht: Wir wollen in einer freien und offenen Gesellschaft leben, mit Wachstum und Wohlstand. Wir wollen nicht in grüne Sicherungsverwahrung. Und wir wollen keine sozialdemokratische Schulden-Zwangsjacke, die der Zukunft jeden Atem raubt.

Wir haben nicht vergessen dass der Liberalismus zunächst einmal eine Moralphilosophie ist. Eine Bewegung des kleinen Mannes. Der den Einzelnen in den Mittelpunkt stellt, der das Recht auf den eigenen Lebensplan haben will und haben soll.

Ihre Freiheit. Unser Auftrag – dafür kämpfen wir Liberale auch im Jahr 2012!